

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	15
Einführung in die Problemstellung	59
A. Bedeutung des Verbraucherrechts für das Arbeitsrecht	60
I. „Ist der Arbeitnehmer Verbraucher?“	60
II. Die Relevanz der Fragestellung für die Rechtsanwendung	62
III. Die Defizite der bisherigen Deutungen von § 13 BGB	64
1. Fehlleitung durch Diskussion über einen „relativen Verbraucherbegriff“	65
2. Die Defizite der „absoluten“ Deutung des Verbraucherbegriffs	66
3. Die Defizite in der Rechtsprechung des BAG	67
IV. Die zivilrechtsdogmatische Dimension der Fragestellung	70
1. Von Sinzheimer zur Schuldrechtsreform	70
2. Renaissance einer arbeitsrechtlichen Grundsatzfrage	71
B. Ziel und Gang der Untersuchung	73
I. Ziel der Untersuchung	73
II. Arbeitshypothesen	74
1. Erste Auslegungsvariante des § 13 BGB	74
2. Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB	75
3. Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB	75
4. Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB	75
III. Gang der Untersuchung	76
Erster Teil: Die Bedeutung von § 13 BGB für die Rechtsfindung	79
A. Die Funktion von § 13 BGB bei der Rechtsfindung	79
I. Zur Verwendung des Begriffs „Funktion“	79
II. Die Funktion des § 13 BGB verstanden als Geltungsanordnung	81
III. Die Funktion des § 13 BGB in methodischer Hinsicht	82
1. Die Steuerung von Begründungslasten durch § 13 BGB	82
2. Die Auswirkungen auf die Rechtsfindung	84
IV. Erste Folgerungen	85
1. Erste Auslegungsvariante des § 13 BGB	86
2. Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB	87

3. Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB	88
4. Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB	89
B. Der Tatbestand des § 13 BGB	89
I. Die den Verbraucherbegriff prägenden Tatbestandsmerkmale	89
1. Inkongruenz zwischen Verbraucherbegriff und daran anknüpfenden Normen?	89
2. Die Erfassung des Arbeitnehmers durch die den Verbraucher- begriff prägenden Tatbestandsmerkmale	91
a) Natürliche Person	91
b) Abschluss eines Rechtsgeschäfts	92
c) Negativ gefasste Tatbestandsmerkmale	95
II. Historische Auslegung	96
1. Rechtslage bis zur Integration des Verbraucherbegriffs in das BGB	97
2. Die Integration eines Verbraucherbegriffs in das BGB	98
a) Übernahme des begrifflichen Kerns aus § 24a AGBG in § 13 BGB	98
b) Deutung von § 13 BGB im Lichte des AGBG?	99
3. Schuldrechtsreform	102
a) Regelungen zum Verbrauchsgüterkauf	102
b) Integration der verbraucherrechtlichen Regelungen in das BGB	103
c) Aufhebung der arbeitsrechtlichen Bereichsausnahme und Anpassung des UKlaG daran	105
4. Spätere Gesetzgebungsverfahren	107
5. Zusammenfassung	108
III. Systematik	109
1. Das enge Bezugssystem	109
a) Der Allgemeine Teil des BGB	109
b) Abschnitt „natürliche Personen“	110
2. Das weite Bezugssystem	112
a) Einschränkung der Lesart des Verbraucherbegriffs?	112
aa) Das Gegenüber von § 310 Abs. 3 BGB und § 310 Abs. 4 BGB	112
bb) Das Verbraucherdarlehensrecht	114
cc) § 288 BGB	118
b) Zusammenfassung	120
3. Gemeinschaftskonforme Auslegung von § 13 BGB?	120
a) Überblick über gemeinschaftsrechtliche Kodifikationen eines Verbraucherbegriffs	121

b) Verstoß gegen den Grundsatz der Einheit der Rechtsordnung?.....	124
c) Unzulässige Einengung europäischen Verbraucherrechts durch nationalrechtliche Ausweitung des Verbraucherbegriffs auf unselbständig Beschäftigte?.....	127
C. Zum Telos und Verständnis des § 13 BGB	131
I. Die sozioökonomischen Bedeutungsgehalte der Begriffe „Verbraucher“ und „Arbeitnehmer“	131
1. Nachfragerposition des Verbrauchers vs. Anbieterposition des Arbeitnehmers.....	133
2. Verbraucherrecht als Vermögensschutzrecht?.....	134
3. Die Abstraktion durch das Verbraucherrecht vom ökonomischen Verständnis des Verhältnisses von Konsum und Arbeit	135
4. Der Vermögenswert von Arbeitskraft – Bedenken gegen die These vom Verbraucherrecht als Vermögensschutzrecht	136
5. Die Irrelevanz des sozioökonomischen Rollenmodells für die Auslegung von verbraucherrechtlichen Tatbeständen	138
II. Die Bedeutung des Verständnisses von Verbraucherrecht für die teleologische Auslegung.....	140
1. Zur Schwierigkeit der Bestimmung der Teleologie von verbraucherrechtlichen Normen.....	143
2. Der Einfluss des Verständnisses vom Verbraucherbegriff bei der Auslegung verbraucherrechtlicher Tatbestände	147
3. § 13 BGB als Ansatz für ein schutzorientiertes Auslegungsverständnis	150
4. Der fehlende teleologische Kern von § 13 BGB.....	153
III. Konsequenzen für das Verhältnis von Arbeits- und Verbraucherrecht.....	155
1. Ausrichtung des Arbeitsrechts an einem verbraucherrechtlichen Schutzprinzip?	157
2. Arbeitsvertragsrecht als Gegenstand des Verbraucherrechts?	158
3. Konsequenzen für die Rechtsanwendung	161
D. Zwischenergebnisse und weiterer Gedankengang	162
I. Weitere Folgerungen zur Auslegung von § 13 BGB.....	162
1. Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB	162
2. Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB	163
3. Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB	163
II. Rückgriff auf die Regelungszwecke von Verbraucher- und Arbeitsrecht	163

Zweiter Teil: Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit im Arbeits- und Verbraucherrecht.....	165
A. Das Arbeits- und Verbraucherrecht als Gegenstand des BGB-Vertragsrechts.....	165
I. Das liberale Verständnis der Zivilrechtsordnung	165
1. Das Gleichheitspostulat	166
2. Privatautonomie und formale Vertragsfreiheit.....	168
II. Das Spannungsverhältnis des Arbeitsrechts zur freiheitlichen Zivilrechtsordnung	171
1. Die historischen und ökonomischen Grundlagen im Überblick	171
2. Die Reaktion der Rechtsordnung	174
III. Das Spannungsverhältnis des Verbraucherrechts zur freiheitlichen Zivilrechtsordnung	176
1. Entwicklungsphasen des Verbrauchervertragsrechts	177
a) Ist das Verbraucherrecht eine Fortentwicklung des Arbeitsrechts?.....	178
b) Pragmatisierungstendenzen	182
c) Die Konsolidierungsphase – Suche nach einer Dogmatik des Verbraucherrechts	185
2. Offene Fragen	187
B. Arbeits- und Verbraucherrecht als Gegenstand der Diskussion um den gerechten Vertrag	188
I. Formale Vertragsfreiheit als Ausgangspunkt	188
II. Nach welchen Maßstäben bestimmt sich ein gerechter Vertrag?	189
1. Vertragsgerechtigkeit als Ordnungswert?	190
a) Die Lehre von der Richtigkeitsgewähr	191
b) Das institutionelle Rechtsdenken und „Sozialisierung“ des Vertragsrechts	192
aa) Sozialstaatsprinzip als Gerechtigkeitsmaßstab?	193
bb) Die vom dialektischen Prozess ausgehende Gefahr für individuelle Freiheit	194
c) Die Ökonomisierung von Vertragsrecht.....	197
d) Zwingendes Recht als autonomieförderndes Instrument?	201
e) Die ordnungsrechtliche Prägung gemeinschaftsrechtlichen Verbraucherrechts	203
2. Vertragsgerechtigkeit als Individualwert	205
a) Das formale Selbstbestimmungsprinzip als Ausgangspunkt	207
b) Die Öffnung der formalen Selbstbestimmung auf materiale Aspekte hin	208
c) Orientierung an gesetzlichen Wertungen	209

d) Keine Änderung des gesetzlichen Leitbildes durch Verbraucherrecht.....	211
3. Die Schwierigkeit der Präzisierung und Operationalisierung im Übrigen	214
a) Positives Recht als Maßstab und Grenze einer materialen Betrachtung?	214
b) Die Unzulänglichkeit einer an der Parität ausgerichteten Grenzziehung	218
c) Das Fehldeutungspotential der Wendung „strukturell“	220
aa) Keine „strukturelle Unterlegenheit“ des Verbrauchers	221
bb) Keine „intellektuelle Unterlegenheit“ des Verbrauchers	224
d) Keine „strukturelle Unterlegenheit“ von Verbrauchern und Arbeitnehmern.....	225
III. Freiheitsmaximierender Paternalismus.....	228
C. Zusammenfassung des „Zweiten Teils“ und Zwischenergebnisse	230
Dritter Teil: Die Kompensationszwecke und deren Schnittmengen im Arbeits- und Verbraucherrecht.....	
Arbeits- und Verbraucherrecht.....	233
A. Die Kompensationszwecke des Arbeitsrechts	233
I. Die Kompensation des Freiheitsverzichts im Arbeitsrecht.....	233
1. Die ökonomische Komponente des Freiheitsverzichts	233
2. Die personale Komponente des Freiheitsverzichts	235
3. Der paternalistische Kern zwingenden Arbeitsrechts	237
II. Die Kompensation wirtschaftlich unterlegener Verhandlungsmacht des Arbeitnehmers.....	238
1. Ursache und Wirkung betreffende Einwände	241
a) Geringe Produktivität als Ursache eines Unterbietungswettbewerbs?	241
b) Veränderte Bedingungen im Tauschmechanismus?	242
c) Zu starke Modelllastigkeit des Unterlegenheitsparadigmas?	243
d) Veränderte soziale und wirtschaftliche Bedingungen?	244
2. Rechtliche Einwände	247
a) Ausgleich der wirtschaftlichen Unterlegenheit durch das Kollektivvertragswesen?	247
b) Typisiert angenommene Störung der Selbstbestimmungsfähigkeit als Problemfeld	248
c) Rechtfertigungs-, Begrenzungs- und Steuerungsmöglichkeiten	249
B. Die Kompensationszwecke des Verbraucherrechts	252
I. Fehlende paternalistische Regelungszwecke im Verbraucherrecht	252

II. Zwingendes Verbraucherrecht als Indiz für wirtschaftliche Unterlegenheit?	254
III. Nichtunternehmerisches Agieren als Indiz für wirtschaftliche Unterlegenheit?	255
IV. Verbraucherrecht und rechtsgeschäftliche Kompetenz	258
1. Das gegenseitige Unternehmergegeschäft als Ausgangspunkt	258
2. Spezifische Chancen- und Risikostruktur unternehmerischen Handelns	259
3. Die Chancen- und Risikostruktur beim rechtsgeschäftlichen Handeln Privater	261
4. Das Kompetenzgefälle beim rechtsgeschäftlichen Handeln zwischen Unternehmern und Verbrauchern	263
5. Schutz vor Nachlässigkeit als ordnungsrechtliches Element	266
V. Die Kompensation des rechtsgeschäftlichen Kompetenzgefälles	267
1. Vertragsgegenstandsbezogene Kompensation	269
2. Situationsbezogene Kompensation	270
a) Das Telos von § 312 BGB	271
aa) Die Offenheit des Tatbestandsmerkmals „entgeltliche Leistung“	272
bb) Keine Beschränkung des Telos auf Direktvertriebsgeschäfte	273
cc) Keine Beschränkung des Telos auf Informationsasymmetrien	274
dd) Der teleologische Kern von § 312 BGB	275
b) § 312b BGB als weiteres Beispiel	278
VI. Die AGB-Kontrolle von Verbraucherverträgen	280
1. Die Legitimation der Angemessenheitskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	281
2. Die Besonderheiten von und deren Rechtfertigung bei Verbraucherverträgen	284
a) § 310 Abs. 3 Nr. 1 BGB	285
b) § 310 Abs. 3 Nr. 2 BGB	286
c) § 310 Abs. 3 Nr. 3 BGB	288
C. Schnittmengen der Kompensationszwecke	292
I. „Nichtunternehmertum“ als gemeinsamer Anknüpfungstatbestand im Arbeits- und Verbraucherrecht?	292
II. Relevanz der verbraucherrechtlichen Kompensationszwecke im Arbeitsverhältnis	294
1. Ausgleich von Kompetenzdefiziten als Gegenstand des Arbeitsrechts?	295

2. Informationsdefizite als Kernproblem unselbständiger Beschäftigung?.....	297
3. Bedeutung verbraucherrechtlichen Rationalitätsschutzes für das Arbeitsverhältnisses	298
a) Die Erfassung von arbeitsrechtlichen Beendigungsvereinbarungen durch den teleologischen Kern von § 312 BGB	300
b) Wertungswiderspruch zu arbeitsrechtlichen Kompensationszwecken?	302
III. Angemessenheitskontrolle nach § 307 ff. BGB als Schnittmenge?.....	304
1. Die Relevanz des (vertragstheoretischen) Verständnisses bei der Auslegung von § 310 Abs. 3 BGB.....	305
2. Paradigmenwechsel?.....	307
3. Die spezifischen Gründe für eine Inhaltskontrolle von Arbeitsverträgen.....	309
4. Die §§ 305 ff. BGB als ein Instrument der Inhaltskontrolle	312
5. Der Wertungswiderspruch zwischen § 310 Abs. 3 BGB und § 310 Abs. 4 BGB.....	315
IV. Zusammenfassung des „Dritten Teils“	321
Vierter Teil: Schlussfolgerungen	323
A. Überprüfung der Arbeitshypothesen.....	323
I. Zweite Auslegungsvariante des § 13 BGB.....	323
II. Dritte Auslegungsvariante des § 13 BGB.....	326
III. Vierte Auslegungsvariante des § 13 BGB.....	327
B. Folgen für die Anwendbarkeit verbraucherrechtlicher Normen im Arbeitsverhältnis.....	328
I. § 288 Abs. 1 BGB	329
II. § 310 Abs. 3 BGB	330
1. Die Lösung über negative Auslegung von § 13 BGB.....	331
2. § 310 Abs. 4 BGB als lex specialis zu § 310 Abs. 3 BGB.....	331
III. § 312 BGB.....	334
1. Die Erfassung von arbeitsrechtlichen Beendigungsvereinbarungen durch § 312 BGB	335
a) Das Tatbestandsmerkmal „Vertrag“.....	335
b) Aufhebungsvertrag als Vertrag über „entgeltliche Leistung“?	336
c) Ist § 312 BGB auf die Aufhebung von Verträgen anwendbar?.....	337
aa) Fallbeispiel a).....	338
bb) Fallbeispiel b)	338

cc) Fallbeispiel c).....	339
d) Die übrigen Tatbestandsmerkmale des § 312 BGB.....	341
e) Ausschluss der tatbestandlichen Erfassung durch Systematik und Historie der Norm?	341
2. Einzelfallbezogene teleologische Reduktion des § 312 BGB	343
a) Die veränderte Begründungslast	344
b) Unzulässige Einschränkung der Parteiautonomie?.....	345
c) Das Problem der teleologischen Reduktion von typisierenden Tatbestandsmerkmalen	348
d) Modifikation der Begründungslast bei der Normanwendung durch negative Lesart von § 13 BGB	351
e) Ist das Widerrufsrecht im Arbeitsrecht systemfremd?	353
Zusammenfassung	357
A. Problemstellung	357
I. Untersuchungsgegenstand	357
II. Zivilrechtsdogmatische Dimension der Fragestellung.....	357
III. Arbeitshypothesen	358
B. Erster Teil	358
I. § 13 BGB als Aufgreifstatbestand des Verbraucherrechts	358
II. Die Funktion von § 13 BGB/Mangelnde Tragfähigkeit der ersten Auslegungsvariante	358
III. Der Tatbestand von § 13 BGB	359
IV. Bedeutung des (Vor-)Verständnisses für die Auslegung.....	359
V. Berücksichtigung der Grundlagen des Vertragsrechts bei der Auslegung von § 13 BGB.....	360
C. Zweiter Teil	361
I. Arbeits- und Verbraucherrecht im Spannungsverhältnis zur formalen Vertragsfreiheit	361
II. Arbeits- und Verbraucherrecht als Gegenstand der Diskussion um Vertragsgerechtigkeit	362
III. Grenzen der Vertragsfreiheit	362
D. Dritter Teil	363
I. Paternalistischer Kern des Arbeitsrechts	363
II. Wirtschaftliche Unterlegenheit des Arbeitnehmers	364
III. Kompensationszwecke des Verbraucherrechts.....	365
1. Wirtschaftliche Unterlegenheit/Rechtspaternalismus?	365
2. Kompetenzgefälle	365
3. Situations- und vertragstypenbezogene Ausprägungen	366

IV. Schnittmengen der Kompensationszwecke	367
1. Überschneidungen in Randbereichen.....	367
2. Angemessenheitskontrolle als Ausprägung einer Schnitt- menge?.....	367
E. Vierter Teil	369
I. Auslegung von § 13 BGB.....	369
1. Zweite und dritte Auslegungsvariante	369
2. Vierte Auslegungsvariante.....	369
II. Konsequenzen für die Anwendung von §§ 288, 310 Abs. 3, 312 BGB.....	370
1. § 288 BGB	370
2. § 310 Abs. 3 BGB.....	370
3. § 312 BGB	371